Namslauer Stadtblatt.

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,35 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 10 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Preise:
Für die **einspaltige** Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig für Auswärtige 25 Goldpfennig im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor.** Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**

54. Jahrgang. — **Fernsprecher 94.**

Nr. 263. | Verantwortlich für Schriftleitung: Franz Otto, Namslau. | Dienstag, den 9. November. | Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. | **1926.**

Der neue Innenminister vor dem Landtage.

Berlin, 5. November.

Der Preußische Landtag erledigte heute zunächst einige kleinere Vorlagen und begann dann die Beratung zahlreicher großer Anfragen und Anträge, die sich auf innenpolitische Vorkommnisse wie Zusammenstöße von Parteiverbänden, Ausschreitungen, Verbot kommunistischer Sammlungen beim Volksentscheid, Gebrauch von Kleinkaliberwaffen sowie die angebliche Verhaftung des Enthüllers der monarchistischen Umsturzpläne beziehen. Auch eine große deutschnationale Anfrage über die Unterlagen zu den Haussuchungen bei den Führern vaterländischer Verbände steht zur Beratung.

Innenminister Grzesinski erklärte sich zur Beantwortung der großen Anfragen mit Ausnahme von dreien bereit. Die kommunistische Anfrage wegen angeblicher Verhaftung des Enthüllers der „monarchistischen Umsturzpläne" könne nicht beantwortet werden, da es sich um Anordnungen des Oberreichsanwalts handele, für die der preußische Innenminister nicht zuständig sei.

Abg. Eichhoff (D. Vp.) berichtete über den Ausschußantrag, wonach der kommunistische Antrag, den Oberpräsidenten Noske wegen parteilicher Führung seiner Geschäfte sofort seines Amtes zu entheben, abgelehnt wird, dagegen beschleunigt ein Entwurf über Aufhebung der Paragraphen 119 bis 121 des Hannoverschen Polizeistrafgesetzes vom 25. Mai 1847 dem Landtag vorgelegt und vom Minister geprüft werden soll, ob noch weitere Paragraphen dieses Gesetzes aufgehoben werden können.

Abg. Frhr. von Wangenheim (W. Ver.) berichtete über den Ausschußbeschluß über die Ablehnung des Antrages Ladendorff, worin das Ministerium ersucht wurde, sofort Maßnahmen gegen den Roten Frontkämpferbund zu ergreifen.

Zu der deutschnationalen Interpellation über Ausschreitungen der Kommunisten erinnerte Abg. Dr. Marezki (dtn.) an den Roten Frontkämpfertag, der gezeigt hatte, daß planmäßig der Offensivgeist in den proletarischen Kreisen aufgepeitscht werde und führte aus: Die gesamte Bürgerschaft in Deutschland ist sich einig in Entrüstung und Abscheu über die Ausschreitungen und Gewalttaten, die die Linksradikalen im Verlaufe dieses Jahres fast täglich verübt haben. Es ergibt sich das Bild eines unerträglichen roten Terrors. Allein in den Tagen des Volksentscheides sind gegen Angehörige des Stahlhelms 82 bandenmäßige Ueberfälle ausgeführt worden. Faßt man alle Ausschreitungen im ganzen Lande und im vollen Verlauf des Jahres zusammen, so geht die Zahl der Gewalttaten sicherlich in die Tausende. Eine Verschlimmerung dieser Zustände hat das Stockverbot gebracht. Einige Teile der Polizei sind infolge der kommunistischen Agitation bereits politisch infiziert und für einen unparteiischen Polizeidienst verdorben. Die sozialdemokratische Regierung in Preußen läßt die kommunistische Agitation gewähren. Bei den linksradikalen Ausschreitungen fällt ein großer Teil der Gewalttaten dem Reichsbanner zur Last. Es ist bedauerlich, daß maßgebliche Herren des Zentrums noch immer in der Bundesleitung des Reichsbanners sitzen, obwohl dieses seinen Charakter als rote Parteitruppe immer deutlicher enthülle. Der frühere Innenminister Severing hat als erste Handlung nach der Niederlegung seines Amtes den Eintritt in das Reichsbanner vollzogen. Die Politik der Sozialdemokratie und ihrer Regierung wird entscheidend durch die Furcht bestimmt, die Massen an die Kommunisten zu verlieren. An dem demagogischen Verhalten der Sozialdemokraten wird schließlich auch die in Preußen betriebene Koalitionspolitik einmal scheitern. Der gegenwärtige Zustand ist unerträglich und eines geordneten Staatswesens unwürdig. Es ist eine Unmöglichkeit, mit den Sozialdemokraten zu besseren Zuständen in Preußen zu kommen. Die Kommunisten sind durchaus nicht so harmlos, wie sie Severing hingestellthat. Selbst wenn die Reichsregierung einmal energisch gegendie Kommunisten vorzugehen sich anschickt, fällt ihr die preußische Regierung in den Arm. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Grube (Komm.) begründete hierauf die kommunistische Anfrage und erklärte, das Verbot der kommunistischen Sammlung beim Volksentscheid, die Einschränkung der Sammlungsfreiheit und das ganze Verhalten der Polizei mit ihren schwarz-weiß-roten Offizieren zeige das Gegenteil dessen, was der Vorredner behauptet habe. Der Rotfrontkämpferbund lehne jede ungesetzliche Bewaffnung ab (!). Das sei bei den rechtsradikalen Verbänden nicht der Fall.

Zur Beantwortung der großen Anfrage nahm hierauf das Wort

der neue Innenminister Grzesinski.

Er dankte seinem Vorgänger Severing, der sich durch seine Arbeit in sechs Jahren die größten Verdienste um den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes erworben habe. Der Minister beantwortete zunächst die große Anfrage Winckler (dnat.) über die Unterlagen zu den Durchsuchungen bei den Führern vaterländischer Verbände. Der Minister verlas eine vom Gesamtministerium formulierte Antwort, wonach das Staatsministerium die Ausführungen des Ministerpräsidenten und des Ministerialdirektors Dr. Abegg in den Landtagssitzungen vom 17. Mai und 1. Juni 1926 über die Durchsuchungen bei den Führern vaterländischer Verbände billigt und erklärte weiter: Für einen polizeilichen Zugriff ist der Verdacht einer strafbaren Handlung ausreichend. Ueberall da, wo Ausschreitungen vorgekommen sind, hat die Polizei, wenn sie zugegen war, sich sofort bemüht, an Ort und Stelle die Täter zu ermitteln, festzustellen und, wie üblich, das Material der polizeilichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zugeführt und dem ordentlichen Gerichtsverfahren zugeleitet. Jedenfalls ist in allen Fällen, in denen der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, Anzeige erfolgt, und es steht die Strafverfolgung in Aussicht. Ich stimme dem Herrn Marezky darin bei, daß die Polizei zahlenmäßig zu schwach ist, um überall einzuschreiten und vorbeugend wirken zu können. Sie wissen, daß die Zahl der Polizeibeamten durch den Friedensvertrag und außenpolitische Einwirkung dieses Vertrages stark beschränkt ist. Wir können nicht nach Belieben Polizeibeamte anstellen. Es handelt sich darum, die zur Verfügung stehenden Kräfte zweckmäßig zu verteilen. Wenn gesagt worden ist, wenn man den kommunistischen Roten Frontkämpferbund so wie bisher weiter wirken lasse, so werde er zu irgend einer Zeit eine so starke Macht bilden, daß er eine Gefahr für den Staat darstelle, so schätze ich diese Gefahr nicht so hoch ein wie der Abg. Marezky. Ich gebe durchaus zu, daß eine gewisse Gefahr in dieser radikalen Agitation zu erblicken ist. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß es heute verhältnismäßig leicht ist, mit staatlichen Mitteln jedem gewaltsamen Vorgehen irgend einer Gruppe voll entgegenzutreten und ein staatsfeindliches Vorgehen niederzuschlagen. Ob eine solche von links oder sonst irgend woher kommt, es wird mit der gleichen Rücksichtslosigkeit dagegen ohne Ansehen der Person vorgegangen. (Abg. Wiedemann [dnat.] ruft: „Das dürfen Sie ja garnicht. Das erlauben die Kommunisten nicht.") Auch gegen einen kommunistischen Putsch wird rücksichtslos vorgegangen werden. (Zuruf rechts: „Verbot des Roten Frontkämpferbundes.") Ich würde keinen Augenblick zögern mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes, wenn dieser denselben Charakter haben würde wie Olympia und Wiking. Ohne ausreichende Grundlage kann ich eine Organisation nicht verbieten, die sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte hält. Uebrigens soll die Frage, ob Wiking und Olympia verboten bleiben sollen, nochmals vom Staatsgerichtshof und zwar in seiner vollen Besetzung geprüft werden. Wir haben das Recht, das zu verlangen. Auf Grund unseres Materials sind wir der Ueberzeugung, daß diese Verbände auf dem Wege der Gewalt der Diktatur die Verfassung stürzen wollten. (Unruhe rechts.) Die Staatsregierung wird die ganze Bewegung rechts und links scharf beobachten, aber nicht in Ueberhastung etwas tun, was mit den verfassungsmäßigen Rechten der Staatsbürger nicht in Uebereinstimmung steht. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Szillat (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratische Partei werde nach wie vor an dem Standpunkt festhalten, daß Gewalt nicht das rechte politische Machtmittel sei. Die Rechtsparteien könnten doch nicht bestreiten, daß sie mit den Vaterländischen Verbänden schwerste innen- und außenpolitische Kämpfe in das Volk hineingetragen hätten. Wenn die Rechte mit Mitteln der Gewalt gegen die Republik anrenne, dann werde die Sozialdemokratische Partei allerdings auf dem Plane sein. Das Reichsbanner sei bemüht, den politischen Kampf mit geistigen Waffen zu führen. (Lachen rechts.)

Abg. Borck (dnat.) ging auf die Haussuchungen bei den Industriellen des Rheinlandes und bei den Führern der Vaterländischen Verbände im Mai näher ein. Die Regierung habe keine positiven Gründe für ihre damaligen Maßnahmen gehabt. Ministerpräsident Braun habe bewußt den Landtag irregeführt, als er in seiner Rede vom 17. Mai es so darstellte, als ob die berüchtigte Notverordnung bei den Haussuchungen gefunden sei. Es entspricht nicht der Würde eines preußischen Ministerpräsidenten, daß er einen Mann, wie den Landwirtschaftskammerpräsidenten Freiherrn von Lüninck in einer Rede in der Plenarsitzung beleidigte nur auf Grund von Spitzelnachrichten, die ihm hinterbracht waren.

Dr. Abegg hat im Landtag erklärt, daß die Beweise und Namen derjenigen, die Beweise geliefert hätten, dem Oberreichsanwalt übergeben seien. Diese Angabe ist falsch gewesen. Der Oberreichsanwalt hat erst aus dem Bericht der Rede erfahren, daß er solche Beweise besitzen solle. Dr. Abegg mußte auch bei der gerichtlich angeordneten Vernehmung zugeben, daß er keine Beweise und Namen habe. In seiner Rede ist eine bewußte Irreführung des Landtages festzustellen. Auf die Beschwerde der Herren Kirdorf, Vögler, Wiskott und von Bärenstein usw. sind die widersprechendsten Angaben von der Staatsanwaltschaft gemacht worden. Alles das ist bezeichnend für diesen politisch angelegten Skandal. Wenn Ministerpräsident Braun hier die Verantwortung trägt, so zeigt er, daß er nur der Parteimann und nie der höchste Mann des Staates sein wird.

Abg. Dr. Schwering (Ztr.) war der Ansicht, daß niemand ein Recht habe für sich allein in Anspruch zu nehmen, national zu sein. Nachdem durch die Politik Marx-Stresemann Beruhigung eingetreten sei, dürfe man erwarten, daß die Vaterländischen Verbände verschwinden würden. Das Zentrum unterstützt das Reichsbanner, soweit als dieses für die Republik kämpfe. Der Redner erklärte, seine Fraktion sähe am liebsten, wenn sämtliche Verbände überhaupt verschwänden. Wenn die Wehrverbände erklärten, daß sie abtreten, werde auch das Reichsbanner verschwinden. Wenn ein Mann wie Dr. Luther über die Flaggenfrage, und ein Mann wie Seeckt über einen Hohenzollernprinzen gestürzt seien, so sei das ein Beweis für die Konsolidierung der Republik, der man mit Putschen nicht mehr beikommen könne.

Abg. Heidenreich (D. V.) führte unter großer Unruhe der Linken aus, daß seine Freunde von den Erklärungen des Ministers nicht befriedigt seien. Durch das Verhalten der preußischen Regierung sei die Republik geradezu gefährdet worden. Im übrigen erklärte der Redner, wenn wir in Opposition zur heutigen Regierung stehen, dann gilt der Kampf nicht der Republik und diesem Staat. Der Kampf gilt der Regierung, weil sie nicht dem Willen des Volkes entspricht und weil wir mit ihren Maßnahmen nicht einverstanden sind. Die Deutsche Volkspartei hat im Reich und im Land gezeigt, daß Vaterland und Staat ihr höher stehen als die Partei. Wir fordern von dieser Regierung und diesem Staat Gerechtigkeit für alle ohne Ansehen der Partei.

Gegen 5 Uhr wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Versäumen Sie nicht die Erneuerung Ihres

Loses 2. Klasse.

Ziehung am 12. und 13. November 1926.

Spezialgeschäft für Tabakfabrikate

Haesler

Namslau-Bernstadt.

Der Reichstag über das Erwerbslosenproblem.

Deutschnationale Kritik an der neuen Vorlage.

Berlin, 5. November. Auf der Tagesordnung stand heute der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Erwerbslosenfürsorge. Der Ausschuß, für den Abg. Brey (Soz.) berichtete, ersucht in seinem Antrag die Reichsregierung, in der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge bis zum 31. März 1927 die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November 1926 ab zu erhöhen für ledige Erwerbslose um 15 Proz., für alle übrigen um 10 Proz., die obere Grenze so zu gestalten, daß auch das vierte Kind den vollen Zuschlag erhält, durch Ausführungsbestimmungen sicher zu stellen, daß die Prüfung der Bedürftigkeit gleichmäßig und entgegenkommend gehandhabt wird. Kleinerer Besitz, Spargroschen, Hausrat, kleines Eigenheim darf nicht zur Verneinung der Bedürftigkeit führen. Es ist zu verbieten, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender Arbeit im Wege der Pflichtarbeit besetzt werden. Weiter wird die Regierung um Gesetzesvorlagen ersucht, wonach gegen erwerbslose Mieter nicht ein Verfahren wegen rückständiger Miete mit dem Ziel der Zwangsräumung durchgeführt werden darf und wonach das Wochengeld für Ehefrauen und die Leistungen der Familienwochenhilfe nicht auf die Erwerbslosenunterstützung des Ehemannes angerechnet werden.

Die von den Regierungsparteien geforderte Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten ist heute morgen im Ausschuß daran gescheitert, daß bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung ein sozialdemokratischer Antrag mit Hilfe der Kommunisten angenommen worden ist, der die Grenze für die Unterstützungsdauer überhaupt beseitigt, so daß die Erwerbslosenfürsorge ohne zeitliche Begrenzung zu zahlen wäre.

Die Sozialdemokraten haben neue Anträge eingebracht, wonach die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 30 Proz., die Familienzuschläge um 20 Proz. erhöht werden sollen. Die Kommunisten beantragen Erhöhung um 50 Prozent.

Abg. Brey (Soz.) trat für die sozialdemokratischen Forderungen ein und verlangte u. a. die vollständige Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung. Die zum Tode verurteilten Attentäter von Leiferde seien letzten Endes auch nur Opfer der wirtschaftlichen Not. Die wirtschaftliche Wurzellosigkeit habe die moralische im Gefolge.

Abg. Schultz (dnat.) gab für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach die Möglichkeiten zu einer wirklichen Ueberwindung der Erwerbslosigkeit nur in einer völligen Neueinstellung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sehen seien. Durch Entwicklung der nationalen und in erster Linie der landwirtschaftlichen Produktion könne dem deutschen Volke Verdienst und Arbeit geschaffen werden. Vorab sei diese Aufgabe von der Regierung nicht angefaßt worden, die die Arbeitslosigkeit als eine Art akute Krankheit behandelt habe, obwohl es sich längst um ein chronisches Leiden am deutschen Volks- und Wirtschaftskörper handle. Die öffentliche Pflicht der Erwerbslosenfürsorge habe die deutschnationale Fraktion stets anerkannt. Sie sei auch jetzt wieder bereit, soweit überhaupt öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, solche zur Linderung der größten Not zu bewilligen. Aus sozialen Gründen müßten im gegenwärtigen Zeitpunkt diejenigen Erwerbslosen bei der Verteilung neuer Mittel bevorzugt werden, die für Familien zu sorgen haben. Die Regierung habe es unterlassen, eine Vorlage über ein Lokalklassensystem zu machen. Die jetzige Vorlage benachteilige diejenigen Erwerbslosen, die besonders bedürftig sind, zugunsten der Ledigen. Die sozial- und wirtschaftsschädlichen Nebenwirkungen der bisherigen Erwerbslosenfürsorge würden noch verstärkt. Auch die Möglichkeit zur späteren Einführung eines Lohnklassensystems sei verbaut. Die deutschnationale Fraktion werde daher in ihrer überwiegenden Mehrheit die Vorlage ablehnen.

Abg. Andre (Ztr.): In Amerika sind die Proletarier zu Bürgern geworden. Bei uns werden die Bürger immer mehr zu Proletariern. Diese Entwicklung darf nicht so weiter gehen. Wir brauchen Lohnsteigerungen, weil sie die ganze Wirtschaft beleben. Der Redner hält grundsätzlich am Achtstundentag fest. Ein junger Mann habe im Laufe von zwei Monaten bei 1400 Arbeitgebern vorgesprochen, aber keine Arbeit bekommen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

stellte fest, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen gegenüber dem 1. März d. Js. um 700000 abgenommen habe. Bei den männlichen Erwerbslosen betrug die Abnahme 30, bei den weiblichen 23 Prozent. Eine wesentliche Besserung des Arbeitsmarktes ist nicht zu erkennen. Die Bemühungen der Regierung zur Arbeitsbeschaffung haben auch einen gewissen Anteil an der Senkung der Arbeitslosenzahl. Bei Reichsbahn und Reichspost sind Arbeiten im Gange, und auch an den Siedlungen und den Landarbeiterwohnungen wird gearbeitet. Darin liegt schon ein gut Stück des Produktionsprogramms, das die Deutschnationalen verlangen. Die dauernde Besserung des Arbeitsmarktes kann nur aus der Wirtschaft heraus erwachsen. Es wirkt beunruhigend, wenn bei der schlechten Lage des Arbeitsmarktes in einzelnen Betrieben noch viel Ueberarbeit geleistet wird, um die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu ersparen. Die Ministerien machen schon bei der Vergebung von Arbeiten zur Bedingung, daß Ueberstunden nicht gemacht werden dürfen. Sollte das keinen Erfolg haben, so wird das Mittel der Gesetzgebung angewendet werden müssen. Das gilt auch für die bedauerliche Erscheinung, daß bei der Rationalisierung meist ältere Angestellte und Arbeiter entlassen werden, daß man nur den Rechenstift, nicht das menschliche Gefühl anwendet. Die Arbeitslosenunterstützung in ihrer gegenwärtigen Höhe hat im allgemeinen den Willen zur Arbeitsannahme nicht vermindert. Anders würde es aber sein, wenn man den Kreis der Unterstützten erweitert und die Bezüge so erhöht, daß sie höher sind als der Normallohn des Unterstützten. Schon jetzt ist dieser Zustand bei vielen Arbeitslosen erreicht, bei weiteren Erhöhungen muß man also mit einer gewissen Vorsicht vorgehen. Die Mehrheit des Ausschusses ist bei den alleinstehenden Ledigen über die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung hinausgegangen und hat fünfzehn Prozent beschlossen. Ich erkenne an, daß diese Gruppe der Erwerbslosen bisher besonders schlecht gestellt war. Die Zahl der Ausgesteuerten wird gewaltig überschätzt. Am 15. September standen 5531, also 4,9 Prozent der Erwerbslosen, in der fünfzigsten Unterstützungswoche, würden also am 1. Oktober ausgesteuert gewesen sein. Die Regierung hatte sich bereit erklärt, für die Ausgesteuerten eine besondere Krisenfürsorge einzurichten, die ihnen dasselbe gibt, wie die Erwerbslosenfürsorge. Das bedeute dasselbe wie eine Verlängerung der Bezugsdauer. Grundsätzlich muß die Regierung aber den größten Wert darauf legen, daß die Bezugsdauer nicht über ein Jahr ausgedehnt wird.

Wie Vizepräsident Dr. Rießer mitteilte, haben die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister eingebracht.

Abg. Thiel (D. Vp.) stellte fest, daß die Zahl der erwerbslosen Arbeiter sich zwar verringert habe, die der erwerbslosen Angestellten steige aber weiter. Besonders die älteren Angestellten hätten darunter zu leiden. Bedauerlich sei, daß noch immer 131000 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt würden. Der Redner richtete einen Appell an die Arbeitsnachweise, sofort die gesunden und kräftigen Erwerbslosen für die Landarbeit auszusuchen. Bei weiterer andauernder Erwerbslosigkeit würden die Städte in größte Not geraten. Der Redner trat für das Lohnklassensystem ein, das eine gerechtere Verteilung der Unterstützung ermögliche.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Sonnabend 12 Uhr.

Botschaftsrat Dufour-Feronce,
der bisher der deutschen Botschaft in London angehörte, ist zum Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt worden.

Der neue Reichspressechef Dr. Zechlin.

Zum Nachfolger des bisherigen Reichspressechefs Dr. Kiep wurde vom Reichspräsidenten der bisherige Legationsrat Dr. Zechlin unter Beförderung zum Ministerialdirektor ernannt. Ministerialdirektor Dr. Kiep ist bekanntlich als Nachfolger des als Untergeneralsekretär des Völkerbundes nach Genf berufenen Londoner Botschaftsrats Dufour-Feronce bei der Londoner Botschaft in Aussicht genommen. Der neue Pressechef ist seit 1919 in der Presseabteilung der Reichsregierung tätig. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Drei Fingerabdrücke.

Kriminalroman aus der Gegenwart von F. Arnefeld.

Nachdruck verboten.

15. Fortsetzung.

Bei diesen Worten warf er einen zärtlichen Seitenblick auf Melanie, der Holly das Blut heiß und kalt durch die Adern jagte.

„Es ist klar," dachte der junge Rechtsanwalt, „die beiden lieben sich, und die Familie billigt seine Bewerbung. Wie konnte ich das nur erst jetzt bemerken!"

Hier brach sein Gedankengang ab, denn im selben Augenblick traf ihn ein seltsam forschender und zugleich erwartungsvoller Blick aus Melanies schönen Augen.

„Ist es auch Ihre Ansicht, Dr. Holly", sagte sie dann, daß mein armer Bruder jenes Mädchen liebte?"

„Es läßt sich wenigstens, wie die Dinge liegen, kaum etwas anders vermuten, gnädiges Fräulein. Was hätte ihn sonst an das Winzerhaus geführt? Außerdem bekunden ja die Herrschaften hier selbst, daß sein Wesen in der letzten Zeit sehr verändert war."

Es war, als wollte Melanie darauf etwas erwidern, aber nach einem kurzen, ungeduldigen Blick auf ihre Umgebung preßte sie die Lippen zusammen und schwieg.

Dasselbe wiederholte sich, als Dr. Holly eine halbe Stunde später aufbrach. Länger als sonst ließ sie ihre Hand beim Abschied in der seinen, während ihr Blick nachdenklich auf ihm ruhte, als wollte sie sagen: „Ich möchte Ihnen wohl etwas anvertrauen, aber es geht ja leider nicht!"

An diesem Abend war Felix Holly sehr zerstreut. Immer häufiger, während er bis spät in die Nacht hinein Prozeßakten studierte, tauchte zwischen den grauweißen Aktenbündeln ein süßes, weißes Mädchengesicht auf, dessen grauen Augensterne ihn unruhig fragend ansahen.

Seltsamerweise beschäftigte dabei den Rechtsanwalt weniger die Frage, ob und was Melanie Lauterbeck ihm etwa zu sagen habe, als jene andere: „Liebt sie Valentin Hergsell — oder liebt sie ihn nicht?"

Aergerlich warf er endlich die Akten zusammen und trug sie hinüber in sein Schreibzimmer.

„Ich bin ein Narr!" dachte er. „Was geht die Sache denn mich an? Habe ich mich in bezug auf Melanie Lauterbeck nicht längst selbst zur Vernunft gerufen? Ich denke, dies Kapitel ist erledigt. Sie ist eine reiche Erbin, und ich bin ein armer Teufel, der noch dazu der Rechtsbeistand ihrer Verwandten ist. Es wäre nach jeder Richtung hin unfair, wollte ich meine Stellung in der Familie dazu mißbrauchen, um nebenbei als Bewerber um Melanie aufzutreten. Kein Mensch würde mir glauben, daß meine Gefühle selbstlos sind und nur dem Mädchen allein gelten. Und vor der Welt als Streber und Mitgiftjäger dastehen? Pfui! Mit reinen Händen durchs Leben gehen, war meines Vaters Grundsatz; er soll auch der meine sein!"

Nachdem er sich diese Standpredigt im stillen gehalten hatte, stand er eine Weile still am Fenster und blickte verträumt auf die nachtstille, mondbeglänzte Straße hinab.

„Wenn sie Valentin aber doch nicht liebte?" flüsterte eine versuchende Stimme ihm zu. „Und es gelänge, für den Drewendischen Reichtum andere Erben aufzufinden? Und du hättest Glück und würdest ein berühmter Rechtsanwalt, dem mit dem Ruhm auch Reichtum zufloge? Sie vergessen kannst du ja doch nie mehr . . ."

„Narr!" unterbrach er sich zum zweiten Male ärgerlich, „du mußt, und damit basta! Ueberhaupt hast du jetzt ganz andere Aufgaben vor dir, als an Liebe zu denken. Trachte lieber, Licht in die Angelegenheit des armen Rehbach zu bringen!"

7. Kapitel.

Am nächsten Tag nachmittags ließ es Holly keine Ruhe, er mußte einmal selbst hinauf an den Tatort, um sich die Oertlichkeiten in bezug auf das Verbrechen genau anzusehen.

Er holte sich dazu den alten Adams als Begleiter und ließ sich von ihm noch einmal alles genau erzählen, was dieser wußte.

„Nun passen Sie mal auf, Adams, was ich Sie fragen werde," sagte er, als beide eine Weile in nachdenklichem Schweigen verharrt hatten.

„Sie sagen, Sie seien eben im Begriff gewesen, nach dem Mauerpförtchen zu gehen, um dieses für die Nacht zu verschließen, als Sie den Schuß oben hörten. Schlugen Sie daraufhin dann den gewöhnlichen Weg ein?"

„Nein, der führt ja am Winzerhaus vorüber und ist ein wenig weiter. Ich aber beeilte mich eben des Schusses wegen und lief den kleinen Fußsteig hinan, der vom Gemüsegarten direkt zum Pförtchen führt."

„Schön. Ich kenne ihn. Er durchquert die Schonung und ein paar Wiesen und läuft dann hart an der Mauer hin. Rechts davon liegt der Weingarten, nicht wahr?"

„Ja. Der Steg ist ja förmlich eingezwängt zwischen Weingarten und Mauer. Man sieht nur vor- und rückwärts und hat nirgends einen Ausblick."

„Sehr richtig. Aber man hört dafür alles deutlich, was jenseits der Mauer auf der Landstraße vorgeht. Hans und ich haben uns als Knaben oft den Spaß gemacht, an jener Stelle die Unterhaltung der vorübergehenden Spaziergänger zu belauschen. Nun sind Sie doch auch der Meinung, Adams, daß sich der Mörder damals unmittelbar nach der Tat nur durch jenes Pförtchen auf die Landstraße geflüchtet haben kann, nicht wahr?"

Adams Augen weiteten sich, während er den Sprecher verwirrt anblickte.

„Der Mörder?" stammelte er endlich. „Sie glauben also nicht, daß Herr Hans den Fremden erschossen hat?"

„Ich denke nicht daran! Aber wir kommen von unserem Thema ab. Sie gingen oder liefen also den Fußsteig längs der Mauer hin. Besinnen Sie sich genau. Was hörten Sie dabei jenseits derselben? Halt, antworten Sie nicht gleich, Adams! Ich weiß, wenn Sie etwas Auffälliges gehört hätten, würden Sie es schon dem Kriminalkommissar gesagt haben. Aber da es eben nicht gerade etwas Auffälliges zu hören gab, beachteten Sie das Unauffällige in ihrer Aufregung über den Schuß gar nicht. Fortsetzung folgt.

Barmatprozeß ab 11. Januar.

Berlin, 6. November. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags für die Kreditangelegenheiten, der sogenannte Barmatausschuß, trat heute nach mehr als viermonatiger Pause wieder zu einer Sitzung zusammen, um über die Geschäftslage zu beraten. Der Vorsitzende Abg. Sänger (Soz.) wies auf den früheren Beschluß hin, wonach der Ausschuß das gerichtliche Verfahren gegen Barmat abwarten wolle. Die Staatsanwaltschaft Berlin II habe nunmehr auf eine Anfrage mitgeteilt, daß der Termin für den Barmatprozeß auf den 11. Januar angesetzt sei. Das Gericht rechne mit einer Prozeßdauer von etwa sechs Monaten, glaube aber, die Verhandlungen glatt durchführen zu können. Abg. Sänger schlug vor, daß der Ausschuß die Entwicklung des gerichtlichen Verfahrens abwarten möge. Die Vertreter aller Fraktionen erklärten sich mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden. Der Vorsitzende will darauf hinwirken, daß die Ausschußmitglieder Einsicht in die Akten nehmen können und daß ihnen die Teilnahme an den Gerichtsverhandlungen im Barmatprozeß ermöglicht wird.

Die mittelstandsfeindliche Sozialdemokratie.

Berlin, 6. November. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages verhandelte am Freitag abend über den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, das Handelsministerium zu veranlassen, eine ausreichendere und großzügigere Aktion als bisher in die Wege zu leiten, damit für weite Kreise des Einzelhandels sowie der kleinen Industrie im Hinblick auf die schwere Finanzlage Kredite bereitgestellt werden. Die Bedingungen, unter denen die bisherigen 56 Millionen dem Mittelstande zugeführt wurden, sollen nach dem Antrage geändert werden, um für den kaufmännischen und industriellen Mittelstand erträglich zu sein. Auch von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum wurde die Notwendigkeit weiterer Staatskredite betont, während die Vertreter der Staatsregierung auf den öffentlichen Kapitalmarkt, wie Sparkassen usw. verwiesen. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die Mittelstandsretterei. Der Staat sei nicht verpflichtet, den Bankier der Wirtschaft zu spielen. Bei der Abstimmung ergab sich, daß sämtliche Anträge der Ablehnung verfielen, da keine Einigung zu erzielen war.

Sozialdemokratischer Verrat.

Wien, 5. November. Die von der Interalliierten Schnüffelkommission in den letzten Wochen vorgenommenen Untersuchungen in industriellen Betrieben erstreckten sich nicht nur auf die vorhandenen Maschinen, sondern auch auf andere Einrichtungen und Bestände. Eine ganze Menge Maschinen wurde beanstandet und muß zum Teil zerstört, zum Teil umgebaut oder aus den Betrieben entfernt werden. Ferner wurde angeordnet, Wasserleitungen, Schutzdämme und Bahngleise zu zerstören sowie bestimmte Fabrikanlagen des Stahl- und Walzwerkes im Wiener Arsenal zu liquidieren. Die Zerstörungen sind an eine bestimmte Frist gebunden. Die denunziatorische Aeußerung eines sozialdemokratischen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag, daß in nächtlicher Arbeit Kupferbestände und wertvolles Material vergraben worden seien, ist die Ursache der neuen Erschwerung für Oesterreich.

Fort mit der Militärkontrolle.

Professor Dr. Hoetzsch über außenpolitische Fragen.

München, 6. November. Im Rahmen eines Vortragszyklus des Akademischen Arbeitsausschusses für deutschen Aufbau sprach der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Hoetzsch (Berlin) am gestrigen Freitag abends im überfüllten Auditorium Maximum der Münchener Universität über außenpolitische Fragen, wobei er auch auf die Gerüchte über seinen Zusammenstoß mit Stresemann im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages zu sprechen kam und erklärte, es habe sich um seine Feststellung gehandelt, daß das System der Interalliierten Militärkontrolle in Deutschland mit dem Gedanken der deutsch-französischen Verständigung schlechterdings unvereinbar sei und daß es Ziel und Aufgabe der deutschen Politik in den nächsten Wochen sein müsse, mit dieser Interalliierten Militärkontrolle endgültig Schluß zu machen. Die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen halte er wegen der damit verbundenen Gefährdung deutscher Zukunftsinteressen als außerordentlich bedenklich. Das außenpolitische Programm Stresemanns, das auf den zwei Forderungen: Befreiung des Rheinlandes und Revision des Dawesabkommens bestehe, genüge noch nicht. Hinzukommen müsse die Forderung nach einer friedlichen Revision der Versailler Vertragsbestimmungen. Für die Dauer sei es nicht möglich, eine erfolgreiche Außenpolitik zu treiben, ohne eine in der Hauptsache übereinstimmende und zustimmende Resonnanz aus dem ganzen deutschen Volke. Die Ausführungen des Redners wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Die Doppelrolle Garibaldis.

Im Dienst der römischen Polizei und antifaschistischer Organisator.

Paris, 5. November. Oberst Ricciotti Garibaldi traf heute um 2 Uhr mittags in Paris ein und wurde sofort dem Direktor der französischen Sicherheitspolizei, Chiappe, vorgeführt. Es wurde festgestellt, daß Garibaldi im Dienste der italienischen Polizei stand, und daß er eine doppelte Rolle spielte. Einerseits wußte er sich in das Vertrauen seiner ausgewanderten Landsleute einzuschleichen und lieferte diese dann der italienischen Polizei aus. Andererseits gründete er in Frankreich eine antifaschistische Organisation. Jedes Mal, wenn Mussolini einem Anschlag ausgesetzt war, veranstaltete Garibaldi in Frankreich feindliche Kundgebungen, die dazu bestimmt waren, in Italien den Glauben zu erwecken, als ob Frankreich an dem Anschlag gegen Mussolini beteiligt sei. All diese Agitation in Frankreich war mit faschistischem Gelde vorbereitet. Garibaldi gestand heute, daß er von der italienischen Polizei in der letzten Zeit 400 000 Lire erhalten hat; zum letzten Male 100 000 Lire, die der Präsident der römischen Polizei ihm am 24. Oktober übergeben hatte. Zweifellos war Garibaldi auch an dem spanischen Komplott beteiligt. Daß er mit dem spanischen Obersten Macias in Verbindung stand, ist festgestellt.

Ein Pariser Abendblatt behauptet, daß Garibaldi der Vertrauensmann Herriots gewesen sei, und daß er von ihm Geld erhalten habe. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist aber abzuwarten.

Lokales.

Namslau, den 8. November 1926.

?? **Kirchweihfest.** Das alljährlich am ersten Sonntag nach Allerheiligen stattfindende Kirchweihfest der hiesigen katholischen Pfarrkirche, d. i. der Jahrestag der Konsekration des Gotteshauses, wurde auch diesmal in feierlicher Weise begangen. Der Hauptgottesdienst, der um 9 Uhr begann, wurde vom Herrn Kaplan Moschek abgehalten. Während des Hochamtes brachte der Chor die an Klangschönheiten reiche Papst-Leomesse mit Orgelbegleitung von Gruber zur Aufführung und am Schluß wurde das Te Deum gesungen, woran sich das Tantum ergo schloß. — Die Kirche wird in der Chronik der Stadt bereits im Jahre 1233 erwähnt. Das erste Gotteshaus war eine Holzkirche, die durch eine Feuersbrunst, von der die Stadt heimgesucht wurde, mit vernichtet wurde. Ein Neubau, das jetzige Gebäude, ums Jahr 1401 begonnen. Zuerst wurde der Teil bis zur Kanzel und 50 Jahre später der andere Teil ausgeführt; 1483 wurde das zweite Gotteshaus durch Feuer arg beschädigt; 1492 war es vollständig wiederhergestellt. Die Konsekration erfolgte noch in demselben Jahre durch den Bischof Johann IV. von Breslau — genannt Roth. — Unter den Pfarrern der letzten 50 Jahre ist außerordentlich viel zur Verschönerung des Gotteshauses getan worden. was ganz besonders vom Kanonikus Reimann gesagt werden kann. Von Gemeindegliedern, die ihn hierbei tatkräftig unterstützten, werden für alle Zeiten in der Kirchenchronik einen Ehrenplatz einnehmen die Namen der Gebr. Blaschke, Kaufmann Ferdinand Grützner und Kreisphysikus Dr. Larisch. Die Kirche gehört zu den schönsten gotischen Baudenkmälern der Breslauer Diözese. — Das diesjährige Kirchweihfest war das 434.

= **Volksbildungsverein.** In einen interessanten Fragenkomplex will der Volksbildungsverein durch seinen dritten Vortragsabend, der am 11. November, abends 8 Uhr bei Grimm stattfindet, einführen. Wesen und Werden der Persönlichkeit ist das Thema, über welches der Leiter der Breslauer Volkshochschule Herr Dr. A. Mann sprechen wird. Mag das gewählte Thema auch recht schlicht und anspruchslos klingen so wird es doch sicherlich seine Anziehungskraft auf die Mitglieder nicht verfehlen. Gerade im Zeitalter der modernen Massenkultur wird so mancher gern über die Frage der Persönlichkeitsbildung hören. Welche Fülle von Problemen ist doch in diesem Thema enthalten! Die Entwickelung der Intelligenz, des Gefühles, des Willens, das Zusammenwirken aller dieser Faktoren zum Gesamtbild der harmonischen Persönlichkeit sind ja nur einige, die hier herausgegriffen seien. Aber noch weiter, die Frage der Selbsterziehung, der Charakterbildung in Schule und häuslicher Gemeinschaft, all diese Probleme bewegen doch die denkenden Menschen unserer Tage aufs stärkste. Die Person des Herrn Dr. Mann, dessen zündende und geistvolle Vortragsweise gewiß den meisten Mitgliedern aus seinem vorjährigen Vortragsabend noch in bester Erinnerung sein wird, bürgt dafür, daß jeder Besucher eine Fülle von Anregungen mit heimnehmen wird. Da mit starkem Besuch gerechnet werden muß, dürfte es sich empfehlen, sich schon im Vorverkauf bei Haesler Karten zu sichern. (Näheres siehe Inserat).

?? **Borromäussonntag.** Des Festes des heiligen Borromäus, gestorben am 4. November 1584 als Erzbischof und Kardinal von Mailand, wurde auf Grund kirchlicher Anordnung am gestrigen Sonntag in der gesamten Diözese in allen Kirchen in der Predigt gedacht. Es geschah dies zu dem Zwecke, den nach dem Heiligen benannten Verein (Borromäusverein) ganz besonders zur Unterstützung von neuem zu empfehlen. Dieser Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, gute Bücher zu verbreiten und möglichst in allen Pfarreien Bibliotheken zu errichten bezw. bereits bestehende zu erweitern. Dadurch hat der Verein schon großen Segen gestiftet, setzt er doch einen Damm entgegen der Verbreitung schmutziger Bücher. — St. Borromäus ist auch der Stifter der überall auf caritativem Gebiete segensreich wirkenden Barmherzigen Schwestern.

= **Der Abwicklungskommissar für die Provinztrennung.** Durch Erlaß des Ministers des Innern vom 1. November 1926 ist der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin, Dr. Maier, zum Abwickelungskommissar bis zur Vollendung der Auseinandersetzung zwischen den Provinzen Nieder- und Oberschlesien zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlesien bestellt worden. Gleichzeitig hat ihn der Minister des Innern in demselben Erlaß zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts zur Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien ernannt.

= **Leerungszeit der ländlichen Briefkästen.** An den ländlichen Briefkästen, mit Ausnahme der an den Postagenturen angebrachten, ist nicht zu ersehen, wann die nächste Leerung stattfindet. Allerdings sind kleine Zinkblechplatten eingeschoben, auf denen Vor- oder Nachmittag ohne Angabe des Wochentages als nächste Leerungszeit vermerkt ist. Da die Landbriefträger je nach dem Umfange der Bestellung und den längeren oder kürzeren Wegen zu den jeweiligen Postempfängern bald früh, bald spät zu den Briefkästen kommen, manchmal zwei bis drei, wenn nicht mehr Stunden, später als an bestellungsschwachen Tagen, weiß der Landbewohner nie zuverlässig, wann der ihm nächste Briefkasten geleert wird, ob heute oder morgen. Nur die Angabe des nächsten Leerungstages hat für ihn Wert, da auf dem Lande täglich nur eine Bestellung und demgemäß auch nur eine Leerung der Briefkästen stattfindet. Er muß also, wenn er einen Brief oder eine Karte sicher noch am gleichen Tage befördert wissen will, oft mehrere Kilometer weit zur Postagentur gehen oder schicken. Bei Prüfung der Angelegenheit ist die Reichspostverwaltung zu der Auffassung gelangt, daß es sich um einen berechtigten Wunsch handelt, dessen baldiger Erfüllung keine Bedenken entgegenstehen, zumal es mit der geplanten allgemeinen Neuregelung noch gute Wege hat. Ueber diesen Plan, der eine Beschleunigung der ländlichen Postbestellung durch Verwendung von Kraftwagen zur Heranführung der Post von der Eisenbahn zu den Postagenturen und Posthilfsstellen in Aussicht nimmt, sollen erst im Dezember die eingeforderten Gutachten der Oberpostdirektionen abgewartet; mit den Versuchen aber nicht vor dem Finanzjahr 1927/28 begonnen werden Man ist im Reichspostministerium der sehr begründeten Meinung, daß angesichts der außerordentlich großen Verschiedenheit der ländlichen Besiedelungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und sonstigen Lebensverhältnisse eine sorgfältige Prüfung und Erwägung am Platze ist, die noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Die nun erreichte Angabe der Leerungstage an den Briefkästen ist eine dankenswerte, wenn auch kleine Abschlagszahlung an die von der Post nicht verwöhnte Landbevölkerung.

= **Wilkau.** Ernannt wurde Herr Lehrer Scholz von hier zum Standesbeamten-Stellvertreter für den Standesamtsbezirk Wilkau.

= **Belmsdorf.** Bestätigt wurde der Wirtschaftsleiter Herr Wolfgang Preuß von hier als Gutsvorsteherstellvertreter.

Kotzenau. Die hiesige evgl. Gemeinde beging in festlicher Weise ihr 330jähriges Bestehen.

Das künstliche Auge.

Glasaugen als Sehhilfsmittel.

Das künstliche Auge dient in erster Linie der Beseitigung einer durch Verletzung des Auges entstandenen Entstellung. Aber auch als Schutzmittel ist das künstliche Auge von großer Bedeutung. Die alten Griechen und Römer kannten wohl künstliche Augen aus Elfenbein, Halbedelsteinen oder mit Glasfluß überzogene Metallschalen, jedoch nur für Mumien und Statuen, beim lebenden Menschen anscheinend nicht. Die älteste Nachricht vom Einsetzen eines künstlichen Auges, — mit Emaille überzogene Goldschale, — stammt aus dem 16. Jahrhundert. Aus einer Druckschrift vom Jahre 1749 ist zu ersehen, daß es damals schon Augen aus Glas gab. Im 19. Jahrhundert hatte sich in Paris bereits eine Glasaugenindustrie entwickelt.

Heute wird in der Hauptsache das aus Glas gefertigte künstliche Auge getragen. Um 1850 entstand auch in Thüringen eine Glasaugenkünstlerschule. Das hier verwandte Kryolithglas war dem französischen Glas weit überlegen; aus diesem Grunde und durch die Erfindung des doppelwandigen, hohlen Reformglasauges hat die deutsche Glasaugenindustrie die französische weit überflügelt. Das Reformauge wirkt hygienischer, ist leichter zu reinigen und besser beweglich. Neuerdings werden auch von den Franzosen die Vorzüge des deutschen Reformauges gerühmt, natürlich unter Verschweigung des deutschen Ursprungs. Mit großer Kunst versteht der Augenkünstler aus freier Hand die Augen nicht nur naturgetreu zu malen, sondern sie auch der jeweiligen Form der Augenhöhle anzupassen, so daß die künstlichen Augen sich wie natürliche ausnehmen.

Wer Glasaugen trägt, sollte sie an jedem Abend herausnehmen, mit Wasser reinigen und über Nacht trocken aufbewahren. Wer die Augen auch des Nachts trägt, sollte sie morgens und abends säubern. Hierbei ist Vorsicht geboten, da öfter Krankheiten auf die Bindehäute der Augenhöhle übertragen wurden. Besteht eine starke Absonderung der Bindehaut, so ist der Grund auch darin zu suchen, daß ein Glasauge durch zu langes Tragen rauh geworden ist, oder Sprünge hat. Alsbaldiger Ersatz des Auges durch ein neues ist dann geboten. Bei deutschen Augen ist eine Erneuerung durchschnittlich alle zwei Jahre erforderlich, die ersten Spuren der Abnutzung können sich schon nach einem Jahre zeigen. Staubige Arbeit und starke Absonderung beschleunigen die Abnutzung. Bei gleichzeitiger Verletzung der Umgebung des Auges, der Lider usw., treten neben das Glasauge die entsprechenden Ersatzteile aus Glyceringelatine und Holz, die in Verbindung mit Brillen getragen werden können. Wenig bekannt ist, daß es auch Glasaugen als Sehhilfsmittel gibt. Ist die Hornhaut sehr stark gekrümmt und unregelmäßig, so ist das Auge im Sehen hochgradig gestört und läßt sich durch gewöhnliche Augengläser nicht sehtüchtig machen.

Man kann solchen Augen eine gleichmäßig gekrümmte Glashornhaut in Form einer glasaugenartigen Schalenprotese vorsetzen, und den Zwischenraum zwischen Auge und Glasschale durch Flüssigkeit ausfüllen. Durch solche „Kontaktgläser", die dauernd beschwerdefrei getragen werden, ist, wie Professor Sattler, Königsberg, mitteilt, wiederholt bei seinen Patienten, deren Sehvermögen durch Brillen nicht zu verbessern war, eine Besserung des Sehvermögens von 1/15 bis 1/30 auf 1/3 bis 1/2 erzielt worden. Hier handelt es sich also um ein Glasauge, mit dem der Patient sehen kann. Allerdings nur ein Patient, dessen lichtempfindender und lichtleitender Apparat gesund ist. Für Blinde lassen sich bedauerlicherweise keine Glasaugen herstellen, welche Sehen ermöglichen können. Ebenso unmöglich ist es leider, das Auge eines Lebewesens bei einem Blinden unter Erzielung von Sehtätigkeit zur Einheilung zu bringen.

Neueste Nachrichten.

(Wolff-Depeschen.)

(Depeschen des „Namslauer Stadtblattes".)

Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 6. November. Der Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigte die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses dahingehend, daß in der unterstützten Erwerbslosenfürsorge im Wege der Verordnung, die Zustimmung des Reichsrats vorausgesetzt, a) bis zum 31. März 1927 die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November 1926 ab wie folgt zu erhöhen sind: 1. für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören um 15 vom Hundert, 2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 vom Hundert; b) daß die obere Grenze für die Erwerbslosenfürsorge so zu gestalten sei, daß auch das vierte Kind (der fünfte Familienangehörige) den vollen Zuschlag erhält.

Schiffszusammenstoß im Nebel.

Auf seiner Probefahrt vor Antritt seiner 17monatigen Weltreise hatte, nach einer Meldung des „Montag", der Kreuzer „Emden" bei Nebel einen leichten Zusammenstoß mit dem dänischen Dampfer „Elisabeth" aus Kopenhagen, der beim Weserfeuerschiff vor Anker lag. Die „Elisabeth" lief mit Beschädigungen oberhalb der Wasserlinie Bremen an, während die „Emden" nach Wilhelmshaven zurückkehrte.

Der Breslauer Kindermord.

Berlin, 6. November. Kürzlich wurde in Ratibor ein 23jähriger Baupraktikant namens Motzny verhaftet, der sich gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder an zahlreichen Schulmädchen unsittlich vergangen hatte. Die Breslauer Kriminalpolizei vermutet, nach einer Meldung des Berliner Tageblattes, daß die Vergehen Motznys auch mit dem Breslauer Kindermord in Zusammenhang stehen.

Brückeneinsturz in Liebenwalde.

Berlin, 7. November. In der Nähe von Liebenwalde wurden gestern abend durch Hochwasser eine Brücke und ein Wehr zerstört, die zwecks Regulierung der Havel errichtet worden waren. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht festgestellt. Menschenleben sind nicht gefährdet.

Zahlreiche schwere Verkehrsunfälle in Berlin.

Der gestrige Sonntag bedeutet für Berlin einen traurigen Rekord. In allen Gegenden der Stadt kam es zu mehr oder weniger schweren Verkehrsunfällen. Die Unfallstatistik verzeichnet zwei Tote und etwa 30 Verletzte.

Wiedereinführung der Orden in Deutschland?

Berlin, 7. November. Wie die „Welt am Montag" erfahren haben will, bereitet Reichsminister Dr. Külz angeblich zur Zeit einen Gesetzentwurf vor, der dem Staate wieder die Möglichkeit geben solle, Orden und Ehrenzeichen zu verleihen und gleichzeitig das Verbot zur Annahme ausländischer Titel oder Orden aufhebe. Zur Begründung wurde angeführt, daß der gegenwärtige Zustand es der Regierung und dem Reichspräsidenten unmöglich mache, dem Deutschen Reich von In- und Ausländern geleistete Dienste entsprechend zu belohnen.

Verhaftungen von Kommunisten in Italien.

Rom, 6. November. Wie Tribuna aus Ancona berichtet, wurden dort etwa 100 Kommunisten und Anarchisten verhaftet. Auch in Stradella sind nach der Giornale d'Italia, mehrere Kommunisten zum Teil mit ihren Familien verhaftet worden.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 6. November 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtporität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Etwas freundlicher. — Mehl: Behauptet.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	6.	5.	Oelsaaten:	6.	5.
Weiz. 75 kg Eff gw. min †	28,00	28,00	Winterraps *	—	33,00
dto. 71 „ „ §	27,00	27,00	Leinsamen *	—	34,00
Rogg. 71 „ „ †	23,80	23,80	Senfsamen *	—	46,00
dto. 68 „ „ §	23,00	23,00	Hanfsamen *	—	24,00
Hafer *	17,70	17,70	Blaumohn *	—	88,00
Braugerste §§	24,50	24,50			
Mittelgerste	20,00	20,00			
Wintergerste *	18,50	18,50			

†) Gute Qualität.
§ Durchschnitts-Qualität.
* Mittlere Art und Güte.
§§ Feine Ware über Notiz.

Am 6. November verschied plötzlich unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Emilie Brandt

geb. **Matzel**

im ehrenvollen Alter von 78 Jahren.
Dies zeigen schmerzerfüllt an

Glausche, den 6. November 1926

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Brandt und **Fuhrmann.**

Beerdigung: Mittwoch, den 10. November, nachmittags 2 Uhr in Glausche, vom Trauerhause aus.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Fuhrmann für die trostreichen Worte am Grabe.

Gr. Marchwitz, im November 1926.

Familie **Kursawe.**

Familien-Abend

Grimm's Hotel

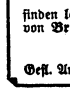
Dienstag, den 9. November, 8 Uhr abends

wozu meine Schüler, deren Eltern, Freunde und Gönner eingeladen sind.

Emil Bochnig, Kapellmeister.

Gasthaus zum goldenen Stern.

Mittwoch, den 10. November



Schwein-Schlachten

früh ab 10 Uhr: Wellfleisch und Wellwurst abends Wurstabendbrot

wozu ergebenst einladet **E. Lang.**

Damen und Herren

finden **leichten Verdienst** (evtl. Nebenverdienst) durch den **Verkauf** von **Bremer Qualitäts-**

Kaffee, Tee, Kakao.

Gefl. Anfragen an **Bremen, Postfach 101.**

Zurückgekehrt!

Dr. Nerlich.

Inserieren bringt **Gewinn!**

Dr. Senftner-Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden. Dr.-Senftner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht von anderem Brot.

Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen.

Volksbildungsverein.

Donnerstag, 11. Novbr., abends 8 Uhr bei Grimm

Vortrag

des Leiters der Volkshochschule Breslau

Dr. A. Mann:

„Wesen und Werden der Persönlichkeit."

1. Platz: Mitglieder 0,80 M., Nichtmitglieder 1,20 M.
2. „ „ 0,50 „ „ 0,80 „
Schüler 0,30 M.

Vorverkauf bei Herrn Kaufmann **Haesler,** Ring.

Gasthaus „zum alten Ziethen".

Dienstag, den 9. November

Großes

Schweinschlachten

Früh 9½ Uhr: Wellfleisch und Wellwurst.

Es ladet ergebenst ein **P. Hoffmann.**

Mittwoch, den 10. November vormittags 10 Uhr

werde ich in **Steinersdorf** (Bieterversammlung Gasthaus Quaschner)

1 Läufer
1 Ferkel

zwangsweise versteigern.

Reimann
Obergerichtsvollzieher
in **Namslau.**

---

1 Herrenrad

fast neu

gefunden.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Visitenkarten

fertigt an

Namslauer Druckerei-Gesellschaft.

„Meine Frau war ihr Leben lang, über 50 Jahre, mit einer häßlichen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie „Zucker's Patent-Medizinal-Seife" angewendet hat, fühlt sie sich wie neugeboren. Schon nach 8 Tagen spürte sie Linderung und in 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Wir sagen Ihnen innigsten Dank. „Zucker's Patent-Medizinal-Seife" in Tausende wert. G. M." à Stck. 60 Pfg. (15% ig), Mk. 1.— (25% ig und Mk. 1.00 (35% ig, stärkste Form). Dazu „Zucker-Creme" à 45, 65 und 90 Pfg. In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erh.

P. Blawid, Mohren-Drogerie
O. Tietze, Germania-Drogerie
Gustav Weiß, Seifenfabrik.

Greifbares

Hypothekenkapital

langfristig, sofort zu vergeben. Landwirtschaft bevorzugt. Off. unter **F. 51** an die Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Evangl. Jungmänner-Verein Namslau.

Oeffentliche Theateraufführung

am Donnerstag, den 11. November, abends 8 Uhr im Opitz'schen Saale, Dt. Vorstadt

Um der Ehre willen.

Schauspiel in drei Akten
von Hermann Reiselt.

Während den Pausen **Konzert.**

Einheitspreis 50 Pfg. Vorverkauf ab morgen bei Herrn Kaufmann **Leppin,** Ring.

Um gütigen Zuspruch bittet

der Vorstand.

Rasier-Apparate
Rasiermesser, Gilet, Mond, Auerhahn
Messerschärfer verschiedener Systeme
Kopfbürsten für Damen, Herren, Kinder

Zahnbürsten, Celluloidwaren

in großer Auswahl, wie Schwammkörbe, Seifendosen, Zahnbürstenständer pp.

Sämtliche Gegenstände für Nagelpflege.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Werbt für das Namslauer Stadtblatt.

Fördert den Bau des Namslauer Krieger-Denkmales durch Kauf von Postkarten!

Neu! **Kukirol & Hühneraugen-Binden**

eine Klärung. Darum kein Druck und keine Schmerzen.
Packung mit 8 Binden nur 60 Pfg.

Kukirol-Hühneraugen-Pflaster

in bisheriger Güte und Aufmachung nach wie vor 75 Pfg. pro Packung

In fast allen Apotheken u. Drogerien erhältlich!